



01/21

JOURNAL DER
FDP FRAKTION
IM THÜRINGER
LANDTAG

EXKLUSIV IM
INTERVIEW:

**WOLFGANG
KUBICKI**

SEITE 14



zu Thüringen!

**Wie es nach Corona
weitergehen muss.**

Thomas L. Kemmerich

ZUKUNFT BRAUCHT VERBÜNDETE

VORGESTELLT:

DIE FDP FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG



Thomas L. Kemmerich
Fraktionsvorsitzender

„Die soziale Marktwirtschaft bietet den besten Rahmen, um individuelle Freiheit und soziale Verantwortung in Einklang zu bringen. Ich setze mich dafür ein, die Folgen der Pandemie nachhaltig zu bewältigen und zugleich die Zukunft zu gestalten. Mit unserem Corona-Punkteplan zeigen wir klare Perspektiven für Thüringen auf.“

Der gelernte Kaufmann und Jurist Thomas L. Kemmerich bringt seine wirtschaftliche Expertise in den Landtag ein. Seit 30 Jahren setzt sich der Unternehmer für den wirtschaftlichen Erfolg von Handwerk und Mittelstand in Thüringen ein. Bereits 2009 bis 2013 saß er für die FDP im Parlament. Der erfahrene Politiker lebt seit 1989 im Freistaat Thüringen und ist hier familiär und beruflich tief verwurzelt.

So erreichen Sie
Thomas L. Kemmerich:
Liebknechtstraße 16a
99085 Erfurt
Telefon: (03 61) 3 45 59 19
E-Mail: tlk.wk@fdplth.de

Franziska Baum

„Wir brauchen ein sinnvolles Konzept, mit dem wir auf die Anforderungen der digitalen Welt in den Schulen reagieren können. Das erfordert in erster Linie ein Umdenken in den Verwaltungen. Es müssen Zuständigkeiten geklärt werden und die Verantwortlichen brauchen dann das notwendige Personal zur erfolgreichen Umsetzung.“

Franziska Baum ist Bildungspolitikerin mit einer ausgeprägten Leidenschaft für Digitalisierung. Sie lebt in Erfurt, ist für unsere Fraktion aber vor allem in Nordthüringen unterwegs. Sie glaubt an die Kraft des Einzelnen. Sie begeistert sich für Projekte und Initiativen, bei denen Menschen Verantwortung für Probleme in ihrem Umfeld übernehmen.

So erreichen Sie
Franziska Baum:
Altendorf 60
99734 Nordhausen
Telefon: 0171 260 34 98
E-Mail: mail@franziskabaum.de
Internet: www.franziskabaum.de

Robert-Martin Montag
Parlamentarischer Geschäftsführer

„Gute Politik lebt davon, Probleme ernst zu nehmen und auch komplexe Lösungen nicht zu scheuen. Diese beginnen meist auf einem weißen Blatt Papier. Ich nehme unser Motto ernst: Denken wir neu. Digitalisieren wir endlich unser Gesundheitswesen und nutzen die Chancen für Patienten und Ärzte.“

Der gebürtige Erfurter wuchs in der Bergstadt Ruhla auf, studierte Politikwissenschaft, Soziologie sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Jena und Istanbul und arbeitete als Referent für die FDP Fraktion im Thüringer Landtag. Seit 2002 engagiert er sich für die Idee der Freiheit. 2019 wurde Montag zum Generalsekretär der FDP Thüringen gewählt. Beruflich wirkte er im Gesundheitswesen. Dort beschäftigte er sich vor allem mit der Frage, wie man eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen kann.

So erreichen Sie
Robert-Martin Montag:
Salzunger Straße 1
36433 Bad Salzungen
Telefon: (0160) 1 54 18 87
E-Mail: wk@robert-martin-montag.de

Dr. Ute Bergner

„Nur das, was wir verstehen, können wir auch beherrschen – das ist der Leitspruch meines Lebens. Genau das braucht unsere Politik.“

Als umweltpolitische Sprecherin der FDP Fraktion setzt sich Ute Bergner für den Schutz unseres Lebensraums in Thüringen ein. Aufbauend auf dem Verständnis, wie Natur funktioniert, möchte sie den Thüringer Wald als Kohlendioxid-Senke revitalisieren und zukunftsfähig machen. Zu einer vernünftigen Klimapolitik gehört, nicht nur die CO₂-Erzeuger mit einer Abgabe zu belegen, sondern zugleich die Waldbesitzer für die Klimaschutzleistung ihrer Bäume zu honorieren. In der Wasserwirtschaft sollten Projekte erst in Bezug auf ihre naturwissenschaftlichen Zusammenhänge durchdacht werden, damit Fälle wie die Austrocknung der Apfelstadt verhindert werden können.

So erreichen Sie
Dr. Ute Bergner:
Gabelsberger Straße 9
07749 Jena
Telefon: (0 36 41) 8 73 41 70
E-Mail: politik@vacom.de

Dirk Bergner
Vizepräsident des Landtags

„Thüringen ist in starkem Maße durch den ländlichen Raum geprägt. Deshalb stehe ich für Stadt und Land auf Augenhöhe. Das bedeutet für mich: Einstehen für Infrastruktur, Arbeitsplätze, Behördenstandorte und Sicherheit auch im ländlichen Raum.“

Dirk Bergner ist Bauingenieur, Freiberufler, stellvertretender Landesvorsitzender der FDP, Fraktionsvize, Innenpolitiker sowie Mitglied im Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten. Besonders liegen ihm Kommunen, der ländliche Raum und Bürokratieabbau am Herzen. Seit 26 Jahren betreibt er ehrenamtlich Kommunalpolitik, darunter 10 Jahre als ehrenamtlicher Bürgermeister und 14 Jahre in Stadtrat und Ausschüssen von Hohenleuben. Außerdem ist er seit 2004 Kreistagsmitglied in Greiz.

So erreichen Sie
Dirk Bergner:
Markt 6
07973 Greiz
Telefon: (0 36 61) 4 53 99 69
E-Mail: wk@dirk-bergner.de

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

seit Monaten beschäftigen uns die immer gleichen Fragen. Bleiben wir und unsere Liebsten gesund? Wie geht es unseren Nachbarn, den Freunden und Verwandten? Früher begannen Gespräche fast immer mit Smalltalk. Und heute? Heute kommen wir sofort auf das die gesamte Menschheit bewegende Thema zu sprechen, auf die Pandemie. Das zuvor oft floskelhaft dahingesagte „Wie geht’s?“ hat längst eine andere, eine tiefere Bedeutung gewonnen.

Doch der Kanon der drängenden Fragen reicht erheblich weiter. Wie wird es weitergehen nach der Pandemie? Welche Strategie ist die nachhaltigste, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und das öffentliche Leben zu normalisieren? Wir Liberalen sind davon überzeugt: Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Pandemie-Bekämpfung liegt einerseits im Vertrauen des Staates in seine Bürgerinnen und Bürger – und andererseits in deren Vertrauen in maßvolle und wirksame Regelungen. Doch gerade dieses wertvolle Kapital, das Vertrauen also, ist von Tag zu Tag mehr gefährdet. Was Deutschland im Großen und Thüringen im Kleinen noch immer fehlt, ist eine überzeugende Strategie zum Neustart aus der Krise.

Ja, es ist eine unglaubliche Kraftanstrengung, vor der wir alle stehen. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Krise wiegen schwer.

Die Corona-Hilfen belasten unseren Staatshaushalt. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens gefährden ganze Branchen in ihrer Existenz. Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel und damit das Wohlergehen vieler Familien. Nur mit einer klaren Perspektive wird es gelingen, Zuversicht und Mut zu stiften. Wir Liberalen haben eine solche Strategie entwickelt und einen Forderungskatalog an die Regierenden gerichtet. Auch davon erzählt dieses Journal.

Ich fühle mich angesichts der Lage an die frühen 1990er Jahre erinnert. Damals stand Thüringen vor einer schier ungläublichen Herausforderung. Es galt, ein Land aus dem Realsozialismus in die soziale Marktwirtschaft zu führen. Die mit dem Fall der Mauer und dem Einzug der D-Mark verbundene Euphorie war schnell getrübt. Zahlreiche Betriebe wurden geschlossen, Abertausende verloren ihre bisherige Existenzgrundlage. Und dennoch gelang es uns, gemeinsam einen gesellschaftlichen Neustart zu vollbringen. An dieser Erfolgsgeschichte sollten wir uns ein Beispiel nehmen.

Bleiben Sie gesund! Es grüßt Sie herzlich

Ihr Thomas L. Kemmerich

Fraktionsvorsitzender der FDP Fraktion im Thüringer Landtag

Perspektiven statt Parolen

Alle reden von Corona, aber nur wenige darüber, wie der Neustart nach der Pandemie gelingen kann. Wir müssen Unternehmen nachhaltig unterstützen. Nur so retten wir Arbeitsplätze und nehmen Zukunftsängste.

SEITE 4

Die Königsdisziplin

Das wichtigste Gesetzesvorhaben ist die Aufstellung des Landeshaushalts. Für uns gilt dabei: Wir investieren in Zukunftsprojekte, stärken die Kommunen und senken die Schuldenlast. Geht nicht? Von wegen!

SEITE 6

Bildung braucht Begeisterung

Franziska Baum ist Bildungspolitikerin mit Herz und Seele. Im Interview erklärt sie nicht nur, vor welchen Herausforderungen das Schulsystem steht – sondern auch, wie wir diese idealerweise anpacken sollten.

SEITE 8

Gegen den schleichenden Tod

Das Land muss die Eigenverantwortung der Kommunen stärken, statt sie zu bevormunden, sagt Dirk Bergner. Rot-Rot-Grün hat die Chance vertan, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in den Griff zu bekommen.

SEITE 12

Wie sich Arztbesuche verändern

Digitalisierung, das klingt für viele Menschen kühl und distanziert, erst recht, wenn es um Arztbesuche geht. Tatsächlich ermöglicht sie Patienten viele Vorteile. So werden Facharztbesuche leichter möglich.

SEITE 16

Keine Windräder im Wald

Eine Gesetzesinitiative der FDP wurde von Erfolg gekrönt: Das Aufstellen von Windkraftanlagen in Thüringens Wäldern ist verboten worden. Es gibt noch mehr Beispiele für unsere konstruktive Sacharbeit.

SEITE 19

KLARE PERSPEKTIVEN STATT DURCHHALTE-PAROLEN!

Die FDP hat sich seit dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 immer wieder für eine nachhaltige Strategie zur Bewältigung der Pandemie und für klare Perspektiven für die Wirtschaft ausgesprochen. Ein zentraler Punkt ist dabei eine echte Teststrategie. Idealerweise sollten Menschen in sensiblen Bereichen – etwa in Alten- und Pflegeheimen sowie in Krankenhäusern – wöchentlich getestet werden.

WAS WISSEN WIR?

Deutschlandweit sind die höchsten Todeszahlen in Alten- und Pflegeheimen zu vermelden. Ältere Menschen gehören zu den Risikogruppen und sind daher nachdrücklich zu schützen. Diese Vorgehensweise wäre deutlich effektiver, als ganze Branchen zu schließen, bei denen die Bundesregierung zum Teil nicht einmal weiß, ob sie überhaupt Treiber des Infektionsgeschehens sind.

Die vom Robert Koch-Institut empfohlenen AHA+L-Regeln zum Infektionsschutz und zur Eindämmung der Pandemie sind unverzichtbar. Laut den Experten kann das Infektionsgeschehen so kontrolliert werden, ohne dass das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zum Erliegen kommt. Die Pandemiebewältigung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Entscheidend ist, dass sich alle eigenverantwortlich daran beteiligen.

WAS SOLLTEN WIR TUN?

In der Vorweihnachtszeit musste aufgrund der stark gestiegenen Infektionszahlen wieder ein Lockdown verhängt werden. Das bedeutet einen erneuten Stresstest für das öffentliche Leben und die Wirtschaft. Viele Menschen und Unternehmen sehen sich jetzt real in ihrer Existenz bedroht. Zwei Monate Wartezeit auf die zugesagten finanziellen Hilfen sind unverantwortlich. Umso dringlicher sind schnelle und definitive Hilfsmaßnahmen.

WAS THÜRINGEN JETZT TUN MUSS. SIEBEN PUNKTE FÜR DEN NEUSTART



Wieder unbeschwert in den Alltag eintauchen, wie hier auf der Erfurter Krämerbrücke, das wünschen sich alle Thüringer. Fraktionschef Thomas L. Kemmerich fordert von der Landesregierung eine klare Strategie zur Wiederbelebung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.

1. STEUERLICHE VEREINFACHUNGEN FÜR UNTERNEHMEN

Verlustrückträge für die Jahre 2019 und 2018 müssen flexibler ermöglicht werden, damit die harten und außergewöhnlichen Belastungen der Krise auf die Gewinne verschiedener Jahre verteilt werden können.

2. FIRMEN MIT SONDERAUSSÄTZUNGEN LIQUIDE HALTEN

Die Thüringer Aufbaubank kann schnell und unbürokratisch Abschläge und Vorschüsse für die Sonderhilfen auszahlen, die dann verrechnet werden. Zudem sollten die betroffenen Firmen über ihre Haus- und Förderbanken unkompliziert Corona-Sonderkredite erhalten.

3. FREIBERUFLER, SOLOSELBSTSTÄNDIGE, KUNST- UND KULTURSCHAFFENDE NICHT IM STICH LASSEN

Wir fordern eine gerechte Behandlung in der Sozialversicherung, ein zeitgemäßes Statusfeststellungsverfahren, mehr Wahlfreiheit bei der Absicherung und weniger Bürokratie.

4. PERSPEKTIVEN FÜR VERANSTALTER SCHAFFEN

Auf 60 bis 100 Prozent beziffert die Allianz der Veranstaltungswirtschaft die Umsatzeinbrüche auf Grund der Pandemie. Zusätzliche Kosten für Hygieneschutzmaßnahmen machen einen wirtschaftlichen Betrieb für einen nicht absehbaren Zeitraum unmöglich. Das Hilfsprogramm für Soloselbstständige sollte auf Klein- und Kleinbetriebe der Veranstaltungsbranche ausgeweitet werden. Für Corona-Auflagen sollte es eine Landesförderung geben.

5. INNENSTÄDTE WIEDERBELEBEN

Die Pandemie verbietet Kontakte. Ohne Kontakte und Begegnungen keine belebten Innenstädte und damit kein florierender Handel. Gastronomie und Handel sind auf Laufkundschaft angewiesen und setzen daher Corona-Schutzmaßnahmen verantwortungsvoll um. Darauf vertrauen wir Freien Demokraten. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Teil der verlorenen Umsätze nachgeholt werden kann, z. B. durch freiere Öffnungszeiten und das Aussetzen des Sonntags-Öffnungsverbotes. Wir sind für mehr Handlungsspielraum der Kommunen bei der Genehmigung und steuerlichen Entlastung von Freiflächen.

6. VERSÄUMNISSE BEI DER DIGITALEN INFRASTRUKTUR SCHLEUNIGST NACHHOLEN

Zugang zum schnellen Internet und eine vollständige Mobilfunk-Netzabdeckung gehören für die FDP zur Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für unsere traditionell starke Industrie. Nur eine moderne Infrastruktur sichert Teilhabe für alle und damit Wohlstand für Thüringen. Deshalb fordern wir schnellstens eine Ausbauintiative für Glasfasern und Mobilfunk.

7. FIRMENGRÜNDER WIRKUNGSVOLL UNTERSTÜTZEN

Trotz innovativer Ideen, junger Talente und erstklassiger Forschung an Hochschulen schafft es die aktuelle Landesregierung nicht, tüchtige Gründer in Thüringen zu halten. Wir Freien Demokraten fordern daher eine Verwaltung, die Chancen bietet, statt Vorschriften zu machen. Für uns sollten Gründer einen angemessenen Welpenschutz genießen mit sinnvoller Gründerförderung, Bürgschaften für Risikokapital und Experimentierräumen.

WAS DÜRFEN WIR HOFFEN?

Am 27. Dezember 2020 begann eine deutschlandweite Impfkampagne. Auch wenn der Start gerade in Thüringen holprig verlief, greifen nach und nach die zuvor erstellten Konzepte. Nun kommt es darauf an, die Sicherheit und Wirksamkeit der Impfstoffe konsequent zu überwachen sowie gegebenenfalls Konsequenzen daraus zu ziehen.

Zugleich muss endlich ein Plan für eine Öffnung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens entworfen werden. Wir Freien Demokraten fordern eine zügige Öffnung, die sich am Impf-Fortschritt und an den Infektionszahlen der am meisten gefährdeten Menschen orientiert. Auch wenn Corona mit der Impfung nicht völlig verschwinden wird, brauchen wir jetzt eine Perspektive für einen Weg in die Normalität.



WIE SICH DIE LIBERALEN DER KÖNIGSDISZIPLIN STELLEN

Thüringen muss im Jahr 2021 nicht nur die Folgen der Pandemie bewältigen. Das Land darf nicht minder aus den Augen verlieren, Zukunft zu gestalten. Genau diese Perspektive spielte im Haushaltsentwurf der Landesregierung nur eine untergeordnete Rolle. Deshalb hat die FDP Fraktion 348 Vorschläge eingebracht, Thüringen besser zu machen.

„Der Haushalt ist die Königsdisziplin für jeden Parlamentarier“, sagt Robert-Martin Montag. Tatsächlich gibt es kein wichtigeres Gesetzesvorhaben im Freistaat. Der alljährliche Haushalt hält zum einen fest, welche Einnahmen das Land erwartet. Zum anderen definiert er, wofür welche Beträge ausgegeben werden sollen. Projekte, die nicht ausdrücklich im Landeshaushalt festgeschrieben worden sind, haben im Verlauf des Jahres nur geringe Chancen auf Umsetzung. Das erklärt die besondere Intensität, mit der die Liberalen den Haushaltsentwurf der Landesregierung auf Herz und Nieren geprüft haben. In seiner Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer hat Robert-Martin Montag das dreimonatige Projekt koordiniert. Herausgekommen sind sage und schreibe 348 Änderungs-

vorschläge. Dabei ließ sich die Fraktion von einer klaren Maßgabe leiten: Der Staat ist in der Pflicht, so effizient wie möglich zu wirtschaften. Hier sieht nicht nur die FDP Fraktion großen Handlungsbedarf, sondern auch der Thüringer Rechnungshof.

Die Vorschläge der FDP stehen auf vier Säulen.

SÄULE 1 # WIR INVESTIEREN IN DIE ZUKUNFT.

Thüringen befindet sich in einem radikalen Umbruch. Nicht nur die Folgen der Pandemie stellen uns vor große Herausforderungen, sondern auch die Digitalisierung, der Fachkräftemangel sowie politische Umwälzungen. Zum Gestalten dieser Veränderungen be-

nötigen wir mehr als nur ein Haushaltsjahr. Wir müssen über Jahre vorausplanen. Wir denken nicht nur an morgen – sondern schon an übermorgen. Damit nehmen wir die besondere Verantwortung wahr, die wir gegenüber unseren Kindern und Enkeln haben. Wir müssen unsere Ausgaben so planen, dass wir ihnen ein zukunftsfähiges, funktionierendes Land überlassen.

SÄULE 2 # WIR STÄRKEN DIE EIGEN-VERANTWORTUNG DER KOMMUNEN.

Der kommunalen Familie stehen nicht nur zu wenig Finanzmittel zur Verfügung. Noch dazu sind Mittel oft an Projekte gebunden, die den Wahlprogrammen von Rot-Rot-Grün entsprechen. Es bringt beispielsweise nichts,

Fördermittel für Klimaschutzmanager zur Verfügung zu stellen, wenn andererseits Geld für die Wärme-Isolierung von Schulen fehlt. Deshalb fordert die FDP Fraktion, dass Zuschüsse frei von ideologiegetriebenen Vorgaben verwendet werden dürfen. Bürgermeister, Land-, Gemeinde- und Kreisräte wissen selbst am besten, wo bei ihnen investiert werden muss.

SÄULE 3 # WIR SENKEN DIE SCHULDENLAST.

Wer soll das bezahlen? Diese Frage stellen sich angesichts der Pandemie und der geplanten Neuverschuldung viele Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen alles tun, den Schuldenberg so klein wie möglich zu halten. Dazu gehört, dass das Land seine Rücklagen nutzt. Eine solche Herangehensweise wird in Krisenzeiten jedem Selbstständigen und auch jedem Unternehmen abverlangt; die gleichen Maßstäbe müssen für das Land gelten.

SÄULE 4 # WIR BILDEN RÜCKLAGEN.

Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Dieses Prinzip gilt für den Fall unerwarteter steuerlicher Mehreinnahmen. Fließen solche Gelder dem Landeshaushalt zu, sollen sie häufig zur Schuldentilgung und zur Bildung neuer Rücklagen genutzt werden.

„Damit die Schuldenlast von heute nicht zur Steuerlast von morgen wird, braucht es eine Haushaltspolitik mit Sinn und Verstand. Wer klug investieren möchte, investiert in die Zukunft.“

Robert-Martin Montag



217 Millionen Euro

möchte die FDP Fraktion den Freien Schulen im Jahr 2021 zur Verfügung stellen, also 33 Millionen mehr als ursprünglich vorgesehen. Warum? Die Landesregierung hatte es trotz anderlautender Absprachen mit den Bildungsträgern versäumt, Finanzmittel in der vereinbarten Höhe einzuplanen. In Thüringen gibt es 164 Freie Schulen. An ihnen lernen 27.400 Schülerinnen und Schüler, an staatlichen Schulen sind es etwa 217.800.



4000 Euro

soll jeder Meister als Bonus für die bestandene Meisterprüfung erhalten. Zuvor waren lediglich 2000 Euro im Gespräch, und dies auch nur für Handwerksmeister. Die FDP fordert den Bonus auch für Industriemeister. Der Fachkräftemangel wird sich nach den meisten Prognosen weiter verstärken. Um ihm entgegenzuwirken, müssen deutliche Anreize für die Qualifizierung geschaffen werden. Auf Thüringen kommen durch den Meisterbonus etwa 1,6 Millionen Euro an jährlichen Ausgaben zu.



1,4 Millionen Euro

kalkuliert die FDP Fraktion für die Umsetzung eines Pilotprojektes der Polizei ein. Damit sollen Streifenwagen interaktiv ausgestattet werden, inklusive Drucker, Scanner und Internetanschluss. Diese Autos werden zur mobilen Wache. Auch erste Aussagen können hier digital erfasst und den Fallakten zugewiesen werden. Viele Zeugen müssen somit nicht zusätzlich auf dem Revier erscheinen. Den Beamten erspart die Digitalisierung das zeitintensive Erstellen von Protokollen nach dem Einsatz.



0 Euro

an finanziellem Mehraufwand sind zur Umsetzung der 348 Vorschläge der FDP Fraktion erforderlich. Die Gegenfinanzierung erreichen wir unter anderem durch eine Halbierung der Dienstreisekosten von Ministerien und Behörden. Während der Pandemie wurden überwiegend positive Erfahrungen mit der digitalen Kommunikation gesammelt. Die Möglichkeit, Dienstreisen durch Video- und Telefonkonferenzen zu ersetzen, sollte zugunsten einer sparsamen Haushaltsführung auch weiterhin genutzt werden.



BILDUNG BRAUCHT BEGEISTERUNG

Es ist eine wunderbare Aufgabe, junge Menschen auf das Leben vorzubereiten, sagt Franziska Baum, bildungspolitische Sprecherin der FDP Fraktion. Wir sprachen mit ihr über die Herausforderungen, vor denen das Bildungssystem in Thüringen steht.

Hand aufs Herz, Frau Baum, werden Sie mittlerweile von Thüringer Schülern gehasst?

Eigentlich nicht. Bisher hatte ich in Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern immer das Gefühl, dass wir auf Augenhöhe reden und uns gut verstehen. Mich interessiert ihre Sichtweise und ich nehme ihre Anregungen, und das sind stets sehr viele, gern auf. Warum sollten mich Schüler also hassen?

Nun ja, immerhin sind Sie mit einer klaren Ansage in den Wahlkampf gezogen: Mehr Lehrer, als unseren Kindern lieb ist!

An dieser Stelle muss ich mir keine Sorgen machen. Diesen Zustand haben wir noch lange nicht erreicht. Insofern bleibt unsere Forderung leider aktuell.

Wie lange wird es in Thüringen noch an Lehrern mangeln?

Realistisch gesehen sicher noch zehn Jahre. Es fehlt schlichtweg der Lehrkräfte-Nachwuchs.

Es sei denn, die Hälfte aller Abiturientinnen und Abiturienten studiert ab sofort Lehramt. Am besten MINT-Fächer.

Welches Rezept hat die FDP?

Es muss attraktiv sein, Lehrer zu werden. Wir gehen davon aus, dass sich Menschen für einen Beruf entscheiden, der spannend ist, in dem man sich frei entfalten kann, der einem das Gefühl vermittelt, etwas zum großen Ganzen beitragen zu können, den man mit Leidenschaft ausübt. Aus unserer Sicht ist der Lehrerberuf in den letzten Jahrzehnten in Misskredit gekommen. Dabei ist es eine wunderbare Aufgabe, junge Menschen auf das Leben vorzubereiten. Diese besondere Aufgabe und die mit ihr verbundene Wertschätzung gilt es, wieder viel stärker zu vermitteln.

Welche Rolle spielen finanzielle Anreize?

Sie sind zweifelsohne wichtig, werden aber auch in anderen Berufen gesetzt. In puncto

Lehrermangel werden wir nur etwas ändern, wenn wir grundlegend über das Berufsbild nachdenken und daraus Schlüsse ziehen. Lehrerinnen und Lehrer sollen zum Lernen begeistern. Wir müssen zugleich die Begeisterung der Lehrkräfte erhalten und fördern. Das betrifft die Vertragskonditionen, aber das betrifft auch das Arbeitsumfeld und die Frage, welche Freiräume sie haben, damit sie innovativ in der Wahl der Unterrichtsmethode sein können.

Die Lerninhalte werden aber weiterhin landesweit festgelegt?

Ja, aber über das Wie der Vermittlung sollten die Schulen frei entscheiden dürfen. Muss zum Beispiel der Lehrer immer vor der Klasse stehen? Oder kann Bildung auch heißen, dass sich Schüler der oberen Klassen eine Woche zu Hause intensiv mit einem Thema beschäftigen und die Ergebnisse dann in der Schule gemeinsam auswerten?

Mancher wird einen solchen Unterricht dennoch als zusätzliche Ferien verstehen...

... es kommt darauf an, wie selbstverständlich diese Art der Bildung eingebunden ist und wie Ergebnisse abgefordert werden. Es geht darum, Schüler zum eigenständigen Lernen zu befähigen. In einer Welt, in der sich alles so schnell verändert wie heute, müssen die Menschen bereit und auch befähigt sein, ein Leben lang zu lernen.

Die Chancengerechtigkeit in der Bildung ist ein Thema aller Parteien. Welche Aspekte sind der FDP besonders wichtig?

Bildung ist eine wesentliche Grundlage dafür, um das eigene Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Wer Bildung erwirbt, besitzt Kompetenzen und kann sich behaupten. Darüber besteht weitgehend Konsens in der Gesellschaft. Was uns im Bildungskanon aber fehlt – übrigens auch den Schülerinnen und Schülern –, sind Antworten auf die Frage: Wie komme ich ganz praktisch in der Welt zurecht? Dabei geht es insbesondere auch um Wirtschaftskompetenzen, um Berufsorientierung, aber auch um die eigene Wirksamkeit und Demokratiebildung. Das alles kann und muss Schule vermitteln.

Sie haben im Landtag eingefordert, dass Abiturienten nicht mehr an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligt werden. Was hat das mit Chancengerechtigkeit zu tun?

Im Moment macht es durchaus einen Unterschied, ob ich im Eichsfeld oder im Saale-Holzland-Kreis mein Abitur mache. Im Eichsfeld müssen sich Eltern ab Klasse 11 nicht an den Fahrtkosten beteiligen. Im Saale-Holzland-Kreis muss z.B. eine Familie aus St. Gangloff, deren beide Kinder in Hermsdorf die Oberstufe besuchen, 420 Euro im Jahr für die Busfahrt zuzahlen. Für eine Familie ist das viel Geld. Damit könnten sie auch ein Jahr Unterricht an der Musikschule finanzieren. Oder für beide Kinder die Jahresbeiträge im Sportverein bezahlen – und noch dazu neue Sportkleidung kaufen. Wir Freien Demokraten sind der Ansicht, dass Entscheidungen für eine Schullaufbahn nicht an einem Ticket scheitern dürfen. Deswegen haben wir im Landtag eine Initiative gestartet, dass in ganz Thüringen die gleichen Regeln gelten. Das funktioniert aber nur, wenn das Land die Landkreise und kreisfreien Städte, die ja für die Schülerbeförderung zuständig sind, finanziell unterstützt.

Nahezu alle reden mittlerweile von der Digitalisierung der Schule. Warum hat es erst der Pandemie gebraucht, um die Debatte zu beschleunigen?

Tatsächlich gibt es Schulen in Thüringen, die seit vielen Jahren mustergültig die Digitalisierung vorantreiben. Sie haben Lernmanagement-Systeme im Einsatz, sie nutzen Rechner und interaktive Tafeln. Warum es nicht vorangeht, liegt an Politik und Verwaltung. Die Landesregierung hätte bereits in den letzten Jahren dafür sorgen müssen, dass Digitalisierung und Vernetzung von Schule mehr Bedeutung erhält.

In einer Welt, in der sich alles so schnell verändert wie heute, müssen die Menschen bereit und auch befähigt sein, ein Leben lang zu lernen.

War das nicht Sinn und Zweck des Projektes der digitalen Pilotenschulen?

So sollte man meinen. Und der Ansatz, über die Pilotenschulen Erkenntnisse zu gewinnen, die allen nützen, war gar nicht schlecht. Aber erstens war der Zeitplan von fünf Jahren viel zu lang. Und zweitens wurden die Erkenntnisse, die einige Schulen schon hatten, gar nicht berücksichtigt. Sondern die Schulen sollten die Schulcloud ausprobieren und dann sollte diese mit den Schulen gemeinsam weiterentwickelt und für alle Schulen ausgerollt werden. Diese Pilotenschulen waren aber teilweise mit anderen Systemen schon viel weiter als die Schulcloud.

Aber ist eine einheitliche Lösung im Land nicht viel besser, als wenn jede Schule ein anderes System hat?

Das kommt drauf an. Auf eine Landeslösung greifen alle auf einmal zu. Wenn die nicht funktioniert, funktioniert sie für alle nicht. Ich bin der Auffassung, dass es für alle einen einheitlichen Standard geben muss, aber welche Plattformen genutzt werden, das sollen die Schulen entscheiden dürfen. Auch die Administration erfolgt viel besser und direkter vor Ort.

Wann haben alle Schüler ein Tablet?

Das Tablet ist jetzt erstmal nur für den Distanzunterricht im Zusammenhang mit der Pandemie wirklich wesentlich. Unter normalen Umständen steht die Frage, ob überhaupt jeder eines braucht. Das hängt vom pädagogischen Ansatz in der Schule ab.

Vor dem Nutzen eines Tablets kommt erst mal das Schreibenlernen. Wie wichtig ist Ihnen Rechtschreibung?

Das wird ja gern mal diskutiert und dann heißt es, die Computerprogramme korrigieren die Rechtschreibung doch. Wofür muss man überhaupt noch selbst wissen, wie man schreibt. Ich ziehe hier gern den Vergleich zur Programmiersprache. Beim Eingeben von Befehlen in einen Computer reicht bereits ein einfacher Tippfehler aus, und schon funktioniert das gesamte Programm nicht mehr. Und so muss man auch andersherum immer noch verfolgen können, was der Rechner da mit den eingegebenen Zeichen anstellt. Insofern hat die gute alte Rechtschreibung sehr viel mit digitalem Arbeiten zu tun und bleibt wichtig.

GEGLÜCKTES EXPERIMENT

Drei Monate lang öffnete Franziska Baum ein Bildungslabor, einen sogenannten Pop-up-Store. Der Begriff stammt aus dem Englischen und steht für Geschäfte, die in vorübergehend leerstehenden Räumen eingerichtet werden. Das Bildungslabor war Anlaufstelle für Schüler, Eltern und Lehrer. Das ist die Bilanz des Stores in Zahlen:

- 89 Tage war der Store geöffnet
- 16 Gesprächsrunden und Veranstaltungen fanden statt
- 3.952 Interessenten folgten dem Store über Instagram
- 11.908 Interessenten folgten dem Store über Facebook
- 175 Kaffeebecher wurden an Gäste verschenkt

ZUKUNFTSFONDS FÜR GENERATIONENWECHSEL

Wie viel Herzblut Thüringer Mittelständler in ihre Firmengründung nach der Wende gesteckt haben, weiß Thomas L. Kemmerich aus eigener Erfahrung. Damals, Anfang 1990, kam der gebürtige Aachener nach Erfurt und machte sich selbstständig. 30 Jahre später steht nun vielerorts ein Generationenwechsel an.

„Firmennachfolge ist ein sehr emotionales Thema. Gerade Mittelständler, die in den schwierigen Zeiten Betriebe aufgebaut haben, suchen jetzt händeringend Möglichkeiten, ihr Unternehmen in gute Hände zu geben“, erklärt Thomas L. Kemmerich, der Fraktionsvorsitzende der FDP im Thüringer Landtag.

Das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn rechnet bis 2022 mit 3.100 Unternehmen im Freistaat, die eine Nachfolge an der Spitze benötigen. Doch häufig ist diese immer noch nicht geregelt. Damit Thüringen auch in Zukunft von einer Vielfalt an kleinen und mittelständischen Unternehmen profitieren kann, muss der Übergang aber in möglichst allen Firmen gelingen – auch im Interesse der Beschäftigten und deren Familien. Nicht zuletzt ist oft auch die Altersvorsorge der Selbstständigen daran gekoppelt.

Eine erfolgreiche Nachfolge, sollte sie familiär nicht möglich sein, sei aus mehreren Gründen wünschenswert, so Kemmerich. Die lange Aufbauphase eines neu gegründeten Unternehmens falle weg. Somit benötigt der Neue eine deutlich kürzere Einarbeitungsphase. Vertriebskanäle, Kunden, Lieferanten und anderweitig verbundene Firmen seien bereits etabliert und hätten Planungssicherheit. Vor allem aber bleiben Arbeitsplätze und Steuereinnahmen der regionalen Wirtschaft erhalten.

Besonders im Handwerk fehlt es an unkonditionierten Fördermöglichkeiten, die das Interesse bei potenziellen Nachfolgern wecken. „Wir brauchen im Handwerk mehr Risikokapital nicht nur für Betriebsübernahmen, sondern auch um den technologischen Wandel zu vollziehen“, erklärt Kemmerich. Neben der vernetzten Industrie-4.0-Fertigung biete der 3D-Druck enorme Potenziale. Gerade für die ländlichen Regionen Thüringens mit starkem Fokus auf das Handwerk sowie produzierendes und verarbeitendes Gewerbe werde der Einsatz neuer Technologien zum Schlüssel für den digitalen Wandel. Dieser gehe jedoch mit enormem Investitionsbedarf einher.

Die FDP Landtagsfraktion schlägt deshalb einen Thüringer Zukunftsfonds vor. Unter seinem Dach soll hauptsächlich in bestehende oder neu aufzulegende Thüringer Venture-Capital-Fonds und Investmentfonds mit digitalem Schwerpunkt investiert werden. Dadurch würde Start-ups und Unternehmensnachfolgen mehr Wagnis- und Risikokapital zur Verfügung stehen. „Für die Errichtung eines solchen Risikokapitalfonds müsste die Landesregierung attraktive Rahmenbedingungen schaffen“, fordert Kemmerich. Komme noch ein umfangreicher Bestandsschutz für Firmennachfolger hinzu, dann würde ein derartiger Thüringer Zukunftsfonds vielen Unternehmern so manche Sorge abnehmen und den Weg für einen erfolgreichen Generationenwechsel ebnen.

ES IST AN DER ZEIT, DASS EUROPA GLÄNZT

Thorsten Dittmar ist, was man gemeinhin einen Tech-Nerd nennt. Er begann seine Karriere als Hacker, wurde aber bald zu einem renommierten Spezialisten für Digitalisierung. Seit über 30 Jahren ist er Unternehmer, Investor und Mentor für digitale Transformation. Zu Beginn seiner Informatiker-Karriere knüpfte er enge Kontakte zum kalifornischen Palo Alto Research Center. In dieser Zeit verliebte er sich nach eigener Aussage in Smalltalk. Das ist die erste objektorientierte Programmiersprache und die Basis aller grafischen Benutzeroberflächen.

Dittmar hat ein gutes Gespür dafür, welche Technologien nützlich sein werden. Er sagt: „Silicon Valley hat einige erstaunliche Dinge hervorgebracht, und ich war ein Teil davon. Jetzt ist es an der Zeit, dass Europa glänzt – mit einem neuen Datenwirtschaftssystem.“ Was er damit meint, wird mit einem Blick auf das Datenkapital deutlich, das Europa an die USA verloren hat. Wir sprechen von einer Billion Euro. So viel nehmen die Tech-Giganten Facebook & Co.

Wir brauchen eine neue Datenwirtschaft, fordert Thorsten Dittmar. Wir müssen ein gerechtes Geben und Nehmen zwischen denen herstellen, die die Daten bereitstellen sowie jenen, die sie erheben und gewinnbringend nutzen.

mit ihren vermeintlich kostenfreien Angeboten ein. Kostenfrei ist da eigentlich nichts, denn mit den Daten der Nutzer verdienen die Konzerne im ganz großen Stil.

Das ist Geld, das Europa schlichtweg fehlt. Gerade in der derzeitigen Covid-19-Situation wären diese 1.000.000.000.000 Euro eine große Entlastung. Für einzelne Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Unternehmen, die mit solchen Mitteln deutlich besser unterstützt werden könnten. Es ist an der Zeit, dieses Datenkapital zurück nach Europa zu holen, sagt Thorsten Dittmar. Dafür gründete er sein jüngstes Unternehmen, die Kooperative „polypoly“. Die Genossenschaft zielt darauf ab, jedem Einzelnen die Hoheit über seine eigenen digitalen Daten zurückzugeben und auf diese Weise den Rückfluss von

europäischem Datenkapital in die lokalen Märkte zu unterstützen. „Jeder muss entscheiden können, was mit seinen persönlichen Daten passiert und wie er am Ergebnis teilhaben kann“, klärt Thorsten Dittmar auf.

Er tritt für eine dezentrale Datenspeicherung ein. In seinem Modell sind die Daten nicht bei den großen Tech-Konzernen in deren Rechenzentren abgelegt, sondern die Bürgerinnen und Bürger haben ihre Daten auf dem eigenen Gerät gespeichert. Sie besitzen damit jederzeit die Kontrolle. Jeder kann seine eigenen Daten korrigieren oder auch löschen. Vor allem aber können alle frei und souverän entscheiden, welche Daten sie weitergeben wollen und welche nicht.

Mehr Informationen zur Genossenschaft: www.polypoly.coop



GEGEN DEN SCHLEICHENDEN TOD

Die finanzielle Lage vieler Thüringer Kommunen ist angespannt. Zu steigenden Kosten und wachsendem Investitionsstau kommen jetzt auch noch die Belastungen durch die Corona-Pandemie. Das hat weitreichende Folgen für die Bürger – gerade auf dem Land. Dirk Bergner möchte daran etwas ändern.

Wenn Dirk Bergner daran zurückdenkt, muss er schmunzeln: „Als die Linke noch in der Opposition war, standen einige ihrer Vertreter regelmäßig vor den Vollversammlungen des Gemeinde- und Städtebundes mit Transparenten ‚Kommunen in Not‘. Auch wenn sie es heute nicht mehr zugeben wollen, recht hatten sie.“ Leider habe sich die Lage in der Zwischenzeit nicht verbessert, so der FDP-Abgeordnete, der schon einmal von 2009 bis 2014 im Landtag saß. Auch nicht, seitdem die Linke vor über sechs Jahren federführend die Regierungsverantwortung übernahm.

Rot-Rot-Grün habe die wirtschaftlich günstige Entwicklung der vergangenen Jahre nicht genutzt, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in den Griff zu bekommen, meint Bergner. Während die Kosten der Gemeinden massiv angestiegen seien, sehe es auf der Einnahmenseite düster aus. Und Corona hat die Lage noch einmal verschärft: Laut Landesamt für Statistik gaben die Kommunen von Januar bis September 2020 insgesamt 150 Millionen Euro mehr aus, die Einnahmen sanken aber um rund 95 Millionen Euro.

Außerdem werde der Investitionsstau beim Finanzbedarf der Kommunen nicht berücksichtigt. Bergner: „Auf Nachfrage konnte ihn die Landesregierung nicht einmal beziffern.“ Das Umfrageergebnis des Thüringer Kommunalmonitors 2020 ergab dagegen einen Investitionsbedarf von jährlich 1,3 Milliarden Euro bei Landkreisen und Kommunen. Nur die Spitze des Eisberges, so Bergner, denn marode Abwasserrohre oder Wasserleitungen blieben dabei unberücksichtigt.

Nicht erst durch die Corona-Pandemie rutschen immer mehr Gemeinden in die Haushaltskonsolidierung, steigen die Bedarfszuweisungen und werden die Rücklagen Stück für Stück aufgebraucht, verdeutlicht Landtagsvizepräsident Bergner. Von den 664 Kommunen im Freistaat sind laut Thüringer Gemeinde- und Städtebund zirka 200 den strengen Vorgaben der Haushaltsicherung unterworfen. Diese Entwicklung bliebe nicht ohne spürbare Folgen für die Bevölkerung. „Von den Kommunal финанzen hängt ab, ob das Schwimmbad oder das Museum schließen muss, ob Spielplätze, Kindergärten, Schulen, Straßen und Brücken saniert werden können. Von den Kommunalfinanzen hängt es ab, ob regionale Unternehmen Aufträge bekommen und damit Arbeitsplätze gesichert werden können“, zählt der Freidemokrat auf.

Damit stellt sich die Frage nach der Zukunft der ländlichen Regionen, die Thüringen prägen. Bergner, der vor kurzem seine ehrenamtliche Tätigkeit als Bürgermeister der Stadt Hohenleuben nach zehn Jahren beendete, erlebe gerade hautnah, dass es auf dem Land nicht nur bei den Finanzen hapert. Es geht um Busverbindungen, Freiwillige Feuerwehren, die Schließung von Jugendclubs und Schulen. „Diese Entwicklung hat ein langsames Aussterben des ländlichen Raums zur Folge. Das müssen wir verhindern.“

Die Freien Demokraten im Thüringer Landtag hatten deshalb mehrere Forderungen in die Haushaltsberatung für 2021 eingebracht.

Dazu gehören die Wiedereinführung der Investitionspauschale, zunächst mit 50 Millionen Euro vom Bund, und die Zweckbefreiung von Zuweisungen und Zuschüssen. Letztere sollen den Kommunen als freie Mittel zufließen.

Schön wäre aus Bergners Sicht auch, wenn Fördergeld in Thüringen nicht nach ideologischen Gesichtspunkten verteilt würde. Die Mittel des Landes seien zu oft an Projekte gebunden, die den Wahlprogrammen von Rot-Rot-Grün entsprächen. Außerdem sei die Bürokratie vor Ort meist nicht zu stemmen, so dass Zuschüsse gar nicht in Anspruch genommen würden. „Wir möchten mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen. Wir haben Vertrauen in die Bürgermeister, Gemeinde-, Kreis- und Landräte“, betont Bergner. Das liberale Credo laute schließlich Subsidiarität: Was unten entschieden werden kann, soll unten entschieden werden.

Das liberale Credo lautet Subsidiarität: Was unten entschieden werden kann, soll unten entschieden werden.

Dirk Bergner

Das bedeutet auch Einsatz für den Erhalt der Selbstverwaltung. „Anders als Linke, SPD und Grüne behaupten, sind kleine Gebietskörperschaften eben nicht per se teurer, wie die Landesstatistik über die Prokopfkosten der Verwaltungen zeigt“, erklärt Bergner. Die Landesregierung müsse aber helfen, die Arbeit der Kommunen durch Bürokratieabbau, Standardvereinfachungen und Digitalisierung zu erleichtern. Auch könnten Verlagerungen von Landesbehörden ein Zeichen für den ländlichen Raum setzen.

Letztlich steht und fällt alles mit der Infrastruktur. „Wenn es schnelles Internet, gute Straßen, Autobahnverbindungen, Bus- und Bahnhaltepunkte gibt, dann sind die Voraussetzungen für Unternehmen und Arbeitsplätze gegeben. Bleiben Schulen und Kindergärten erhalten, fühlen die Menschen sich nicht vernachlässigt und abgehängt. Stadt und Land kommen damit ein bisschen mehr auf Augenhöhe“, verdeutlicht Bergner. Das müssten eigentlich auch die Linken – trotz ihrer überwiegend urbanen Wählerschaft – einsehen, sagt er und nickt mit einem hoffnungsvollen Schmunzeln.

Die sanierungsbedürftige Vierte Regelschule in Gera

„EINE SÄULE DER DEMOKRATIE“



Die Meinungsfreiheit gehört zu den höchsten Gütern unserer Gesellschaft. Dennoch zeigen Umfragen, dass zwei von drei Bundesbürgern große Vorbehalte haben, offen ihre Meinung zu äußern. Wolfgang Kubicki hat ein Buch über die Debattenkultur in Deutschland geschrieben. Wir sprachen mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP.

Herr Kubicki, was hat Sie veranlasst, dieses Buch zu schreiben?

Es waren die Vorkommnisse im Herbst 2019, als sich Gefährdungen der Meinungsfreiheit häuften. Das war zum Beispiel die Vorlesung von Bernd Lucke in Hamburg, die er unter wilden Beschimpfungen von linken Studenten abhalten musste. Das war die Absage einer Diskussionsveranstaltung mit Christian Lindner, ebenfalls an der Hamburger Uni. Und es war die kurzfristig abgesagte Lesung von Thomas de Maizière in Göttingen, die unter anderem von der dortigen Antifa be- und schließlich verhindert wurde. Ich habe dazu eine Rede im Deutschen Bundestag gehalten.

Oft hört man Äußerungen wie „Besser, man sagt nichts.“ Was ist die Ursache dafür?

Wir haben es mit einem deutlich gestiegenen Konformitätsdruck zu tun. Mittlerweile kommt es nicht mehr darauf an, was man sagt, sondern vielmehr, ob man auf der richtigen Seite ist. Das führt wahnsinnigerweise dazu, dass Frauenrechtlerinnen von linker Seite übel attackiert werden, wenn sie etwa frauenfeindliche Auswüchse im fundamentalistischen Islam kritisieren. So wird beispielsweise Alice Schwarzer zum Teil als rechte Hetzerin beschimpft. Das Problem ist: Viele fürchten sich, in die moralische Unwertecke gestellt werden zu können, wenn sie sagen, was sie denken. Das führt dann dazu, dass sie es lieber nicht sagen.

Welche Rolle kommt Journalisten bei der Bildung der öffentlichen Meinung zu?

Eine sehr große. Und leider müssen wir feststellen, dass sie ihrer Verantwortung nicht immer gerecht werden. Ich hatte vor einigen Wochen eine Diskussion mit dem SWR-Intendanten Kai Gniffke.

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Artikel 5 Grundgesetz

Da habe ich ihn gefragt, wann in den Tages-themen eigentlich mal die Forderungen von "Fridays for Future" kritisch betrachtet wurden.

Er konnte mir diese Frage nicht beantworten. Die Menschen merken, wenn Journalisten zu Aktivisten werden, um eine politische Agenda durchzusetzen. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung.

Warum müssen unterschiedliche Meinungen abgewogen werden?

Der Meinungsstreit ist eine der tragenden Säulen unserer Demokratie. Die Meinungsfreiheit ist für die Demokratie konstituierend, wie das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung erklärt. Nur wenn jeder an der Debatte teilnehmen kann, kann auch ein Gesamtbild eingefangen und ein vernünftiger Kompromiss gefunden werden. Die Tatsache, dass jeder an diesem Prozess mitwirken kann, hat eine friedensstiftende Wirkung.

Wer ist für die Meinungsfreiheit zuständig?

Jede und jeder in unserer freiheitlichen Demokratie. Nur wenn wir alle daran teilnehmen, lebt sie. Wenn nur wenige teilnehmen, besteht die Gefahr, dass nur noch eine kleine Gruppe über die Mehrheit entscheidet. Das führt in die Unfreiheit. Das müssen Demokraten verhindern.



Wolfgang Kubicki: „MeinungsUnfreiheit – Das gefährliche Spiel mit der Demokratie“, Westend Verlag, 158 Seiten, 16 Euro

DER MARKT- GRAF

Otto Graf Lambsdorff
(1926 - 2009)

Unbestreitbar war Otto Graf Lambsdorff eine der prägenden Figuren der deutschen Politik der 70er und 80er Jahre. Ihn trieb die Überzeugung an, dass der freiheitliche Kurs in der Wirtschaftspolitik alternativlos ist. Das machte ihn zu einem profilierten Verfechter der Marktwirtschaft.

1977 wurde Otto Graf Lambsdorff Bundeswirtschaftsminister der sozial-liberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt. „Bis heute“, so schrieb die FAZ 2009, „ist das Amt des Bundeswirtschaftsministers nach Ludwig Erhard mit keiner anderen Persönlichkeit so verbunden wie mit Otto Graf Lambsdorff.“ In den 1970er Jahren, so resümierte der Spiegel, „wurde die FDP für ein paar Jahre zur spannendsten Partei des Landes“. Viele neue Ansätze in der Gesellschafts-, Innen- und Rechtspolitik, aber auch in der Ostpolitik führten zu hitzigen, gesellschaftlich breit angelegten Diskussionen. Otto Graf Lambsdorff schwor die FDP auf ihre Rolle als Korrektiv und Fortschrittsmotor ein.

Als sich Anfang der 1980er Jahre nach der zweiten Ölpreiskrise die wirtschaftliche Lage weiter verschlechterte, kritisierte Lambsdorff die steigende Staatsverschuldung und forderte eine Haushaltskonsolidierung vor allem über Minderausgaben. Er arbeitete ein Papier mit 40 brisanten Punkten aus, um die Wirtschaftslage wieder zu verbessern. So schlug er vor, „schrittweise auf einen Abbau der dargelegten gesamtwirtschaftlichen Strukturprobleme“ hinzuarbeiten, die Investitionsbedingungen zuverlässig zu verbessern und „der Wirtschaft damit den Glauben an die eigene Leistung und die eigene Zukunft“ zurückzugeben.

Am 9. September 1982 übergab er als Wirtschaftsminister sein „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit“ an Bundeskanzler Helmut Schmidt. Die später als Wendepapier benannte Konzeption war der Scheidungsbrief der sozial-liberalen Koalition. Der ohnehin bereits von seiner eigenen Partei zusehend isolierte Bundeskanzler Schmidt stellte die Vertrauensfrage – und verlor. Die Inhalte des Lambsdorff-Papiers für eine wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Neuorientierung bot zu viel Sprengstoff für den Koalitionspartner SPD. Wenige Tage später, am 1. Oktober 1982, wurde Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler gewählt. Otto Graf Lambsdorff blieb Bundeswirtschaftsminister auch in der Kohl-Regierung bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1984.

Das schwierige Geschäft der Politik trug er mit Gelassenheit und Disziplin. Er selbst stellte es so dar: „Wer sich für eine freiheitliche Gesellschaft und eine liberale Wirtschaftsordnung einsetzt, wird immer kämpfen müssen. An meiner Fröhlichkeit kann das aber nichts ändern.“

Otto Graf Lambsdorff war von 1995 bis 2006 Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung.



WIE WIRD SICH DER ARZTBESUCH VERÄNDERN?

In einer immer älter werdenden Gesellschaft steht das Gesundheitssystem vor vielfältigen Herausforderungen. Die Digitalisierung weist einen Weg, der nicht nur die medizinische Versorgungssicherheit verbessert, sondern viele weitere Vorteile verspricht. Die FDP Fraktion hat eine digitale Gesundheitsstrategie für Thüringen entwickelt.

Digitalisierung, das ist gerade für ältere Menschen ein abschreckendes Wort. Es klingt kühl und distanziert, ganz so, als rücke der vertraute Hausarzt in weite Ferne. Tatsächlich erleichtern digitale Anwendungen den Zugang zur Gesundheitsversorgung, sagt Robert-Martin Montag, der gesundheitspolitische Sprecher der FDP Fraktion. „Wenn wir die Digitalisierung ausgehend von den Patientinnen und Patienten denken und gestalten, ist sie mit unglaublich vielen Vorteilen verbunden.“

Das zeigt sich bereits bei der klassischen Sprechstunde. Die Alternative dazu ist die Online-Sprechstunde; in ihr nehmen Patienten per Videotelefonie Kontakt zu ihrem Arzt auf. Diese Form der Telemedizin bietet sich zum Beispiel bei Infekten an, deren Diagnose und Behandlung oftmals schon feststeht. Auch die Auswertung von Befunden, etwa

von Röntgenaufnahmen, kann auf diese Weise erfolgen. Wie zeitgemäß Online-Sprechstunden sind, zeigt sich gerade während der Corona-Pandemie. Wer zu einer gefährdeten Risikogruppe gehört, soll seine Außenkontakte ohnehin minimieren. Nicht zuletzt erspart die Telemedizin all jenen Menschen, die in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt sind, anstrengende und zeitraubende Wege. Die Gesundheitsversorgung findet also genau dort statt, wo die Patienten sind, bei ihnen zu Hause oder in einem Pflegeheim.

Bislang gibt es in Thüringen interessante Einzellösungen, nicht aber eine Gesamtstrategie zur Digitalisierung des Gesundheitswesens. Deshalb hat Robert-Martin Montag gemeinsam mit Ärzten und anderen Experten eine sogenannte e-Health-Strategie für den Freistaat entwickelt. Dazu gehört neben zahlreichen

unmittelbaren Handlungsempfehlungen die Forderung, in Thüringen eine Testregion für telemedizinische Anwendungen zu initiieren. Dafür sollte nach Ansicht der Liberalen unbedingt eine Region mit begrenzter ärztlicher Akutversorgung ausgewählt werden.



Die FDP Fraktion stellte ihre digitale Gesundheitsstrategie im Institut für Radiochirurgie in Erfurt vor. Dr. Günther Jonitz (links), Mitglied im Vorstand der Bundesärztekammer, gehörte zu den Gästen – hier ist er im Gespräch mit FDP-Politiker Robert-Martin Montag.

WIE SICH E-HEALTH AUSZAHLT

+ VIRTUELLER BESUCH BEIM FACHARZT

Die Bewohner ausgewählter Pflegeeinrichtungen werden per Telemedizin von ihrem Hausarzt betreut. In die Video-Konsultation können Fachärzte wie Neurologen, Dermatologen oder Urologen einbezogen werden. Mittels einer von den Pflegekräften getragenen Datenbrille sehen und untersuchen Ärzte den Patienten wie mit eigenen Augen. Zusätzliche technische Funktionen der Datenbrille erlaubten eine zeitversetzte, unmissverständliche Kommunikation zwischen Arzt und Pflegefachkraft. Somit können qualifizierte Pflegekräfte bestimmte Leistungen wie Blutentnahme, Wundversorgung oder den Wechsel eines Blasen-Katheters selbst vornehmen.

+ ZUVERLÄSSIGE KONTROLLE BEI HERZMUSKELSCHWÄCHE

Die ambulante Versorgung von an Herzinsuffizienz leidenden Patienten kann rund um die Uhr auch im häuslichen und sozialen Umfeld sichergestellt werden. Der Patient wird dabei mit einem Set ausgerüstet, welches neben medizinischen Messgeräten ein speziell konfiguriertes Smartphone enthält. Die täglich erhobenen Parameter werden verschlüsselt an ein Telemedizinisches Zentrum übermittelt und in der elektronischen Patientenakte dokumentiert sowie analysiert. Sobald kritische Daten auftreten, wird der Patient unverzüglich im Rahmen einer Video-Sprechstunde kontaktiert.

+ KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UNTERSTÜTZT FRÜHERKENNUNG

Das wertvolle Wissen von Spezialisten lässt sich zur Erstellung klinischer Diagnosen in digitalen Algorithmen bündeln. Insbesondere in der Onkologie und Radiologie bietet sich diese Herangehensweise an. Die Algorithmen sind zum Beispiel darauf trainiert, akute Befunde von Normalbefunden abzugrenzen. Auf dieser Grundlage lassen sich Fälle im Frühstadium zuverlässiger erkennen als bei der alleinigen Beurteilung durch eine Fachkraft. Außerdem sind Algorithmen besser als Menschen in der Lage, bei Krebspatienten komplexe Muster der Biomarker zu erkennen. Diese Muster können genutzt werden, um vorherzusagen, wie Patienten auf Therapien ansprechen. In der Radiologie leisten digitale Anwendungen einen wertvollen Beitrag bei der Auswertung der Bilder.

+ ONLINE-KRANKENHAUS BÜNDELT KOMPETENZEN

Fehlt in einem Krankenhaus oder in einer Arztpraxis eine spezielle Expertise, können die dortigen Ärzte entsprechende Experten unkompliziert per Mausklick kontaktieren. Als Teil der Regelversorgung wird das virtuelle Krankenhaus ebenso wie andere Leistungen des Gesundheitssystems von den Krankenkassen finanziert. Bei diesem Projekt kooperieren die Krankenhäuser landesweit miteinander. Auch eine Kooperation für Mitteldeutschland ist denkbar.



MONTAG
e-HEALTH
STRATEGIE

Die Medizin der Zukunft besteht nicht nur aus helfenden Händen und komplexem Fachwissen, sondern auch aus innovativer Technologie. Die FDP hat generell eine hohe Affinität zur Digitalisierung. Die Chancen, die sich dank dieser Technologie in der Medizin auftun, überbieten die Bedenken bei weitem. Deshalb wollen wir diese Chancen unbedingt ergreifen. Wir denken schon heute an morgen.

Robert-Martin Montag

KONSTRUKTIVE OPPOSITION

Zu den Aufgaben der Opposition gehört nicht nur, die Regierung zu kontrollieren und einem möglichen Machtmissbrauch entgegenzuwirken. Ebenso wichtig ist es, Alternativen zu den Gesetzesvorhaben der Regierenden anzubieten. Tatsächlich gelingt es der FDP Fraktion immer wieder, dass ihre Initiativen die Zustimmung der parlamentarischen Mehrheit finden. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer beharrlichen wie konstruktiven Sacharbeit. Vier Beispiele:

BESSERE VORSORGE GEGEN KREBS

Bereits im Mai 2020 machte die FDP Fraktion auf Versäumnisse der Landesregierung bei der Bekämpfung von Krebs aufmerksam. Zugleich starteten die Liberalen eine parlamentarische Initiative, damit das Land insbesondere in die Vorsorge investiert. Bei einer Anhörung im Landtag

unterstützten im September rund 20 Medizinexperten den Antrag der FDP. Dennoch verweigerte Rot-Rot-Grün die Abstimmung darüber. Die FDP Fraktion blieb beharrlich. Im Dezember stellte der Haushaltsgesetzgeber doch noch die Mittel für eine Ko-Finanzierung der onkologischen Beratungsstellen bereit. Jenseits des Rettens von Leben bedeutet das auch finanzielle Einsparungen. Jeder in die Vorsorge investierte Euro spart viele Euro in der Therapie, Rehabilitation und Nachsorge.

STÄRKERE KONTROLLE DER REGIERUNG

Auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes ist es der Landesregierung möglich, Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte durch Verordnungen vorzunehmen. Deshalb vertritt die FDP Fraktion eine klare Position: Gerade in Pandemie-Zeiten ist die Kontrolle der Regierung durch den Landtag als höchstem Verfassungsorgan des Landes dringend geboten. Die Liberalen erarbeiteten dazu unmittelbar nach dem ersten Lockdown einen Gesetzentwurf – als erste und bisher einzige der sechs Fraktionen. Im November, also zu Beginn der zweiten Pandemiewelle, nahm der Landtag die FDP-Initiative mit großer Mehrheit zur weiteren Beratung an.

MEHR MEDIZIN-STUDIENPLÄTZE

Bereits im November 2019 brachte die FDP Fraktion einen Antrag in den Landtag ein, welcher mehr Studienplätze für werdende Mediziner forderte. Nach einem knappen Jahr verständigten sich die Liberalen mit CDU, SPD, Grünen und Linken auf einen Kompromiss. Demnach werden die Studienplätze an der Universität Jena im Fach Humanmedizin um ein Zehntel aufgestockt. Wirksam wird diese Verbesserung ab 2021/22.

ONLINE-PRÜFUNGEN AN HOCHSCHULEN

Trotz anderslautender Bekundungen aus dem Wissenschaftsministerium fehlte es in Thüringen an Rechtsgrundlagen, um den Prüfungsbetrieb an den Thüringer Hochschulen auch während der Pandemie zu gewährleisten. Nachdem die FDP Fraktion eine Kleine Anfrage, einen Gesetzentwurf und einen Entschließungsantrag an die Landesregierung gerichtet hatte, reagierte Rot-Rot-Grün. Der Passus zur Einführung von Online-Prüfungen aus dem Antrag der FDP wurde nahezu wortgleich zum Gesetzestext erhoben. Nebeneffekt: Online-Prüfungen können dank ihrer Barrierefreiheit sowie durch Kostenersparnisse einen Wettbewerbsvorteil für den Hochschulstandort bieten.

KEINE WINDRÄDER IN UNSEREM WALD

Jetzt ist es amtlich: Anlagen zur Gewinnung von Windenergie dürfen nicht in Thüringens Wäldern errichtet werden. Dass dieses Verbot im Waldgesetz verankert wurde, hat mit der Beharrlichkeit der FDP Fraktion zu tun.



„Umweltschutz muss man ganzheitlich denken. Deshalb ist dieses Gesetz ein wichtiger Schritt hin zu einem nachhaltigeren Schutz der Wälder in Thüringen.“

Dirk Bergner

Welcher Wald ist uns der liebste in Thüringen? Ist es jener, der den Landesnamen trägt? Oder sollte es doch der Hainich sein, der zum Weltkulturerbe gehört? Und wie sieht es mit den Waldgebieten im Holzland aus, wie mit der Rhön, dem Dün und der Hohen Schrecke? Vor dem Gesetz sind alle gleich, zumindest wenn es sich dabei um das Thüringer Waldgesetz handelt. Mit anderen Worten: Allen Wäldern des Landes gebührt der gleiche Schutz. Dazu gehört, dass in ihnen keine Windräder errichtet werden dürfen. Bis zum Dezember 2020 war dies im grünen Herzen Deutschlands alles andere als selbstverständlich.

Bereits ein Jahr zuvor hatte die FDP Fraktion die Initiative zur Neufassung des Waldgesetzes ergriffen. Letztlich ging es dabei nur um einen einzigen, gleichwohl bedeutungsschweren Satz. Das Gesetz sollte um diese Formulierung ergänzt werden:

„Eine Änderung der Nutzungsart (der Wälder) zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.“ Die CDU Fraktion schloss sich alsbald dem Vorhaben der FDP an. Daraufhin brachten beide Oppositionsparteien einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den parlamentarischen Prozess ein. Nach intensiven Debatten stimmten kurz vor Weihnachten 2020 auch die Regierungsfractionen zu.

„Es hat sich als richtig erwiesen, hartnäckig zu bleiben“, sagt Dirk Bergner. Er ist der forstpolitische Sprecher der FDP Fraktion. „Wir bedanken uns ausdrücklich bei Tausenden Thüringerinnen und Thüringern, die mit Plakaten, mit Demonstrationen und anderen Aktionen die Haltung der breiten Öffentlichkeit eindrucksvoll bekundet haben.“ Die breite Zustimmung zeigte sich auch im Online-Forum des Thüringer Landtags. An der Diskussion zum Windrad-Verbot beteiligten sich mehr Bürger als bei jedem anderen, hier zur Debatte gestellten Thema.

IMPRESSUM

Ja zu Thüringen! – Das Journal der FDP Fraktion im Thüringer Landtag

Herausgeber: FDP Fraktion im Thüringer Landtag
Redaktion: Mirko Krüger (verantwortl.), Annett Hänel, Marco Hörner

Adresse: FDP Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Tel.: (03 61) 37 72 799

E-Mail: presse@freiedemokraten-landtag.de

Druck: GD Gotha Druck und Verpackung GmbH & Co.KG

Diese Publikation ist auf Umweltpapier gedruckt und ist kostenfrei zu beziehen. Der Weiterverkauf ist untersagt.

www.freiedemokraten-landtag.de



Bildnachweise: S. 1: Kristin Dögel-Rabe, istockphoto.com/Heckepic; S. 2: Kristin Dögel-Rabe, stock.adobe.com/wacomka; S. 4: istockphoto.com/fkretow; S. 5: Miriam Mayr-Riss, istockphoto.com/alestori; S. 7: Kristin Dögel-Rabe; S. 8: Sandra Juedtsch; S. 9: Mockups Design; S. 10: Heimat Werbeagentur GmbH; S. 11: polypoly; S. 12: Finky; S. 14: Westend Verlag; S. 15: Karlheinz Schindler; S. 16: stock.adobe.com/love-a-nice-day; Luis Schütz; S. 17: stock.adobe.com/notes-naze64ae; S. 18: stock.adobe.com/leny-sturm; S. 20: Dmytro Sheremeta

[f FDP.Fraktion.TH](https://www.facebook.com/FDP.Fraktion.TH) [i fdp_fraktion_th](https://www.instagram.com/fdp_fraktion_th) [t @FDPFraktionTH](https://twitter.com/FDPFraktionTH)



PREISRÄTSEL

Viel Spaß mit unserem Kreuzworträtsel! Der Lösungssatz ergibt ein Leitmotiv der Freien Demokraten. Es fasst in drei Wörtern zusammen, dass sich unsere Zukunft nur mit Hilfe der Ideen und des Erfahrungsschatzes möglichst vieler Menschen gestalten lässt. Unter allen Einsendern der richtigen Lösung verlosen wir 10 Exemplare von Wolfgang Kubickis Buch „Meinungsunfreiheit – Das gefährliche Spiel mit der Demokratie“. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2021.

Schreiben Sie bitte per E-Mail an preisraetsel@freiedemokraten-landtag.de oder per Post an FDP Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Unwissenheit	▼	For- schungs- raum (Kurzw.)	18	ungebun- dener Künstler (frz.)	22	Liege ohne Rücken- lehne	Futter- pflanze	▼	einzelnes Ergebnis einer Messung	Waren- ver- zeich- nis	▼	Preis- richter	birnen- förmige Frucht	Haft, Ge- fängnis	10	arab.: Vater	fader Wort- witz	franzö- sisch: Insel
Heiligen- schein	▶			17					mittel- amerik. Insel- staat		4			türk. Anis- brannt- wein				
dicht dabei	◀	21		13	Pflan- zenkiet- tertrieb		anbau- fähig	▶				mündlich Gebüh- renliste	15					
leiten- der Medizi- ner	▶								7	Sport- wette	14			Nacht- vogel				11
Prosa- werk	▶					5	schwäb. u. fränk. Höhen- zug		Haupt- stadt von Ve- nezuela	▶	12					span.: lost, auf!, hurra!		nord. Nutztier
▶		9			Boden- fläche				23			Ausflug mit dem „Draht- esel“			24		2	
in dieser, in diesem			Abscheu empfin- den	▶		3			gediegen	▶				16	Wind- schatten- seite			20
Region, Gebiet	▶	1			Deck- schicht	▶	8					daraus schlie- ßen	▶	6		25		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----

**SIE MÖCHTEN
NOCH MEHR ÜBER
UNS ERFAHREN?**



-  FDP.Fraktion.TH
-  fdp_fraktion_th
-  @FDPFraktionTH